

„Die Demokratie fragt nicht nach Zeugnissen“

Im Interview erläutert Winfried Huck, Ostfalia-Professor für Wirtschaftsrecht, warum er eine Klage gegen die Entsendung der Grünen-Politikerin Julia Willie Hamburg in den VW-Aufsichtsrat für aussichtslos hält

Andreas Schweiger

Braunschweig. Die Grünen-Politikerin und neue niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg steht massiv in der Kritik. Der Grund: Hamburg vertritt neben Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) das Land Niedersachsen im VW-Aufsichtsrat. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) wirft der Politikerin, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, fehlende Fachkenntnis und einen Interessenkonflikt vor. Daher lässt die DSW aktuell prüfen, ob sie gegen die Entsendung Hamburgs in das VW-Kontrollgremium klagt. Ob eine mögliche Klage Aussicht auf Erfolg hat und ob Politiker zwingend eine „richtige“ Ausbildung absolviert haben müssen, beantwortet Professor Winfried Huck im Interview. Huck hat an der Ostfalia-Hochschule in Wolfenbüttel die Professur für Wirtschaftsrecht mit den Vertiefungsgebieten Internationales Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsrecht der EU inne. Zudem agierte Huck von 2007 bis 2020 als Aufsichtsratschef der Proffihost AG in Hannover.

Herr Professor Huck, wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten einer möglichen Klage der DSW gegen Frau Hamburg ein?

Die Prüfung wird ergeben, dass eine Klage keinen Erfolg haben wird.

Wie kommen Sie zu diesem Urteil?

Das Aktiengesetz gibt für Aufsichtsratsmitglieder keine große Anforderung im Sinne einer Bildungsbiografie vor. Es muss sich lediglich um eine natürliche Person handeln, die uneingeschränkt geschäftsfähig ist. Zudem bewirbt sich Frau Hamburg nicht um den Posten einer Aufsichtsrätin, sondern wird nach einer erfolgreichen demokratischen Wahl vom Land Niedersachsen entsandt. Das Land hat das Recht, zwei Vertreter zu entsenden.

Die müssen aber zum Wohle des Unternehmens agieren...

...was auch im Interesse des Landes ist. Niedersachsen ist gut beraten, wenn Volkswagen ein gesundes, prosperierendes Unternehmen ist.

Die DSW verweist auf einen Fall in den 1990er Jahren: Damals wurde der Energieminister Schleswig-Holsteins, Günther Jansen (SPD), nach einem Gerichtsbeschluss als Aufsichtsrat der „Hamburgischen Elektrizitätswerke“ abberufen. Den An-



Blick auf das VW-Werk Wolfsburg. Dem VW-Aufsichtsrat gehört auch die Grünen-Politikerin Julia Willie Hamburg an. Eine mögliche Klage von Aktionärsschützern gegen Hamburg hält Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht an der Ostfalia-Hochschule, für aussichtslos. JULIAN STRATENSCHULTE/DPA (ARCHIV)

trag hatte die DSW gestellt. Sie sah auch seinerzeit einen Interessenkonflikt, weil Jansen als erklärter Kernkraftgegner ein Unternehmen beauftragte, das seine Energie zum überwiegenden Teil aus Kernkraftwerken bezog. Gibt es Parallelen zum Fall Hamburg? Einige Medien stellen sie als „Autohasserin“ dar.

Nein, Parallelen erkenne ich nicht, der Fall Hamburg ist völlig anders gelagert.

Warum?

Frau Hamburg hat zwar keine abgeschlossene Berufsausbildung, aber eine politische Laufbahn und ist jetzt Ministerin. Die Demokratie fragt nicht nach Zeugnissen und Examina, sondern nach konstruktiven und überzeugenden Antworten auf Herausforderungen, die zur Wahl gestellt werden.

Die DSW beruft sich auch auf den Deutschen Corporate Governance Kodex, ein von einer Regierungskommission entwickeltes Regelwerk. Das gibt vor: „Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen.“

Nochmal: Einen Interessenkonflikt

erkenne ich nicht. Und wenn wir schon beim Deutschen Corporate Governance Kodex sind: Er sieht Diversität ausdrücklich vor. Das zeigt zum Beispiel die Formulierung: „Das Kompetenzprofil des Aufsichtsrats soll auch Expertise zu den für das Unternehmen bedeutsamen Nachhaltigkeitsfragen umfassen.“ In dieses Profil passen Politikerinnen und Politiker wie Frau Hamburg. Sie erfüllt insoweit auch einen demokratischen Auftrag und wird mutmaßlich Themen der Nachhaltigkeit vertreten.

Reicht das, um einen Konzern zu kontrollieren?

Unternehmen wie VW mit Mobilität als Kern müssen sich mit den Themen Emissionen und Nachhaltigkeit befassen. Frau Hamburg wird diese Aspekte wegen ihres politischen Profils erörtern wollen. Außerdem ist sie nicht nur Politikerin, sondern auch Frau und Mutter. Das sind ebenfalls Aspekte für eine Diskussion im Aufsichtsrat. Dort geht es ja nicht nur um eine rückwärtsgewandte Betrachtung, sondern vor allem um künftige Strategien.

Frau Hamburg fährt nach eigener

Aussage kein Auto. Passt das zu einer VW-Kontrollleurin?

Das ist doch völlig unerheblich, genauso wie die Aussage, dass sie gerne mit dem Fahrrad fährt. Das ist eine Form der Mobilität, die sich in europäischen Großstädten immer mehr durchsetzt. Was ist daran falsch?

Frau Hamburg muss sich also vor einer Klage nicht fürchten?

Nein, das Aktienrecht sieht zwar vor, dass Aktionäre aus wichtigen Gründen einen Antrag auf Abberufung eines Aufsichtsrats stellen können. Das ist aber nur bei schwerwiegenden Defiziten möglich. Die sehe ich wie gesagt nicht.

Was sind schwerwiegende Defizite?

Eine zerrüttete Vertrauensbasis aufgrund von Verfehlungen und schweren Pflichtverletzungen. Das wäre gegeben, wenn das Unternehmen ohne Grundlage durch öffentliche Aussagen beschädigt würde. Oder wenn ein Aufsichtsratsmitglied gegen die Pflicht zur Verschwiegenheit verstößt. Ein weiterer Grund wären die bereits angesprochenen Interessenkonflikte.

Wegen eines fehlenden Berufsab-

schlusses steht nicht nur Frau Hamburg in der Kritik, sondern auch andere Politikerinnen und Politiker. Ist der Wunsch der Bürger nach Expertise des politischen Führungspersonals nicht berechtigt?

Doch, natürlich. Ohne Expertise kann unsere komplexe Gesellschaft mit ihrer internationalen Vernetzung nicht funktionieren. Expertise ist eine zentrale Grundlage, die Welt analytisch zu erfassen.

Aber?

Die demokratische Welt lebt von Wahlen und Abstimmungen. Aktuell begegnen uns immer mehr Politiker ohne abgeschlossene Ausbildung. Ihnen ist es aber gelungen, durch ihre abseits vom klassischen Bildungsweg erlangten Fähigkeiten und Überzeugungen Argumente für ihre Positionen zu finden, die andere Menschen überzeugen und sie veranlassen, diese Politiker zu wählen. Ein Ministerium zu führen, ist auch nicht banal, sondern stellt viele Anforderungen. Wer dies, wie nun Frau Hamburg, tut, muss Entscheidungen treffen und Antworten geben.

Sie plädieren also für mehr Toleranz und Offenheit?

In Deutschland gibt es nicht nur den einen richtigen Weg, sondern viele Möglichkeiten, die es Menschen ohne Ausbildung ermöglichen, Karriere zu machen. Wer dann als Politiker gewählt wird, kann in seiner Befähigung nicht so schlecht sein.

Außerdem ist nicht jeder Hochschulabsolvent automatisch eine Führungskraft.

Genau, ein Abschluss sagt nichts aus über Persönlichkeit, Empathie und nur bedingt zur Fähigkeit der Analyse.

Müssen wir uns als Gesellschaft neu orientieren?

Ja, wenn es etwa um die Bewältigung des Fachkräftemangels geht. Der Zugang etwa von Migranten, die je nach Herkunftsland über ganz unterschiedliche Abschlüsse verfügen, zum Arbeitsmarkt muss einfacher werden. Zum Beispiel müssten im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schneller anerkannt werden. Vor allem große Unternehmen zeigen, dass sie offener werden, um Menschen eine Perspektive zu geben. Wenn wir weiter nur auf die traditionellen Bildungswege setzen, verlieren wir im Ringen um Fachkräfte zu viel Zeit.

VW und Co.: „Spart Energie“

Hannover. Die Landeshauptstadt Hannover und ansässige Unternehmen wie Rossmann, Tui, VGH und VW Nutzfahrzeuge rufen gemeinsam zum Energiesparen auf. „Wir benötigen eine gemeinsame Kraftanstrengung, um durch diese Krise zu kommen und für den Winter gerüstet zu sein“, sagte Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay am Montag. Der Grünen-Politiker berichtete, dass auch die Stadt spare – so würden Heizungen in der Verwaltung gedrosselt, die Wassertemperatur in Bädern gesenkt und Fassaden teils nicht mehr beleuchtet.

Rossmann-Chef Raoul Roßmann forderte: „Jeder sollte seinen Beitrag leisten. Dabei sollten die kleinen Dinge nicht unterschätzt werden – in der Summe haben sie eine große Wirkung.“ Die Drogeriekette schalte Reklameschilder aus und entferne Leuchtmittel. *dpa*

Weniger Rohstahl produziert

Berlin. Die Rohstahlproduktion in Deutschland hat auch im Oktober deutlich unter dem Vorjahresniveau gelegen. Insgesamt seien im vergangenen Monat in der Bundesrepublik rund 3,1 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt worden, 14,4 Prozent weniger als im Oktober 2021, berichtete die Wirtschaftsvereinigung Stahl am Montag in Berlin.

Im bisherigen Jahresverlauf ergebe sich damit ein Rückgang der gesamten Rohstahlproduktion von knapp 7 Prozent. Der russische Angriff auf die Ukraine, die Verwerfungen auf den Energiemärkten, die Zinswende, die Lieferkettenprobleme und eine schleppende Weltkonjunktur belasten die Entwicklung bei wichtigen stahlverarbeitenden Branchen. *dpa*

Stromer-Prämie stark nachgefragt

Großburgwedel. Die Prämie für E-Autos ist weiterhin stark nachgefragt. Das berichtet der Landesverband des Kfz-Gewerbes Niedersachsen-Bremen in einer Pressemitteilung.

Seit Einführung der Förderung 2020 seien nach Niedersachsen 143.715 Prämien im Wert von 690 Millionen Euro ausgezahlt worden. Besonders Hybride seien beliebt, deren Prämie läuft jedoch im Januar aus. Auch bei Gewerbefahrzeugen soll ab Januar laut Verband eingespart werden. Eine Nachfolgeregelung sei noch nicht bekannt. *red*

Anzeige

Wir haben die Geschenke

Die besten Geschenke zum Weihnachtsfest

Der Lesershop-Beileger zu Weihnachten – heute in Ihrer Tageszeitung!

Viele Artikel aus Ihrem Lesershop jetzt auch online unter shop.bzv.de

LESER SHOP

2035 fehlen sieben Millionen Arbeitnehmer

Wenn die Baby-Boomer in Rente gehen, könnte die Deutsche Wirtschaft ins Schwanken kommen

Nürnberg. Dem strapazierten deutschen Arbeitsmarkt gehen bis 2035 sieben Millionen Arbeitskräfte verloren. Das sagt zumindest eine Studie des Bundesvereinigungen Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). Grund dafür sei hauptsächlich, dass die sogenannten Boomer-Jahrgänge bald in Rente gehen. „Dass der demografische Wandel kommt, ist seit langer Zeit absehbar. Und er wird weiter zunehmen. Schon heute gibt es 1,8 Millionen offene Stellen – der Arbeits- und Fachkräftemangel zieht sich längst quer durch alle Branchen“, sagte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der BDA. Mit höheren Erwerbsquoten bei Älteren und Migranten könnte dem aber gegengesteuert werden, so

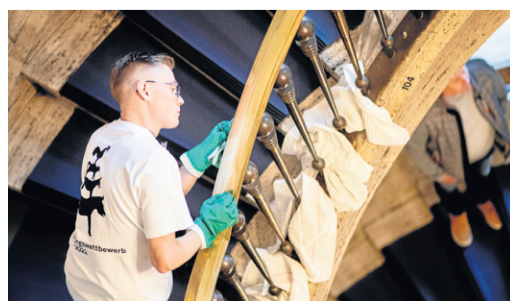
die BDA in einer Studie.

„Aber die Schrumpfung lässt sich aufhalten, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um Ältere im Job zu halten, berufliche Entwicklung von Frauen zu stärken, Zuwanderer anzuziehen und zu integrieren, Arbeitslosigkeit weiter abzubauen und die Geburtenrate zu er-

höhen“, betont Enzo Weber, einer der Autoren der Studie. Die Zeiten der vielen Vorrüheständler müssten enden. Heute müsse man sehen, dass möglichst lange gearbeitet werde. Auf diesem Weg sei schon viel erreicht, dennoch liege die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen um 20 Prozentpunkte unterhalb der der

55- bis 59-Jährigen. In der Vergangenheit habe die zwar bei fast 40 Prozent gelegen, Luft nach oben sei aber trotzdem. Es dürfe keine Tabus und Denkverbote geben, fordert Kampeter. Auch eine Erhöhung des Rentenalters müsse kommen.

Besonders aber bei Migranten sieht die BDA viel Potenzial: Wenn bereits in Deutschland lebende Frauen in Arbeit gebracht würden, könnte 600.000 weitere Arbeitskräfte akquiriert werden. Aber auch die Quote derer, die Deutschland verlassen, müsse gesenkt werden. Aktuell liege die Abwanderungsquote bei sieben Prozent. Um negative Effekte zu vermeiden, müsste sie auf 5,5 Prozent gedrückt werden. *dpa*



Die BDA fordert umfassende Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA